6. Jahrg. Nr. 8

Einzelpreis 10 Pfg

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bezirk Schlesien (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Mit der illustr. Monatsbeilage „Sichel und Hammer“ und den wöchentlich bezw. 14tägig erscheinenden Beilagen „Tribüne“, „Die Rote Sichel“, „Der Jungproletar“, „Die Genossin“

Anzeigenpreis: Die 5gespaltene Millimeterzeile od. deren Raum 10 Goldpfennig, Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 4 Goldpfennige. — Reklamepreis: Die Millimeterzeile 4gespalten oder deren Raum im Text 30 Goldpfennige.

Montag, 24. März 1924

Bezugspreis: Bei wöchentlich 3maligem Erscheinen monatlich 2.— Gm wöchentl. 50 Pf. Einzeln. durch Straßenhdl. u. Kiosk 10 Pf. Redaktion und Expedition: Breslau, Trebnitzer Straße 50. — Postscheckkonto: Breslau Nr. 310 59. — Fernsprecher: Breslau, Ring 3837

Das große Auswandern auf den Friedhof.

Seit Einführung der Rentenmark hat sich die soziale Lage innerhalb der deutschen Arbeiterschaft stark verschoben. Für eine kleine Schicht der Gruppen, die dauernd beschäftigt waren, ist eine kleine Verbesserung der Verhältnisse eingetreten. Im übrigen hat sich die Lage für die werktätige Bevölkerung verschlechtert; zum Teil so gewaltig verschlechtert, daß die Arbeitskraft nun schneller vernichtet wird, als selbst im Kriege.

Die Rentenmark brachte, teilweise wenigstens, Preisermäßigung, sie brachte aber auch in großem Umfange Arbeitslosigkeit und ein starkes Sinken der Löhne und Gehälter. Die Ermäßigung der Gehälter, nicht nur der Staatsbeamten, sondern auch der Angestellten in der Privatindustrie, war vielfach so erheblich, daß die Einkommen nicht mehr ausreichten, um die Kosten der dringendsten Lebensbedürfnisse zu decken. Gestaltete sich die Lage der dauernd Beschäftigten in großem Umfange außerordentlich ungünstig, so wurde die Lage katastrophal für die gewaltige Zahl der Entlassenen, der Abgebauten, der Kurzarbeiter.

Als Höchstzahl der Arbeitslosen und Kurzarbeiter wurden rund 6 Millionen gemeldet. Jetzt wird aus fast allen Bezirken gemeldet, daß die Zahl der Arbeitslosen zurückgehe. Dergleichen Angaben haben nur bedingten Wert. Viele Arbeitslose erhalten keine Unterstützung mehr, weil sie ausgesteuert sind, viele werden aus den Listen gestrichen, weil sie die Leistung von Zwangsarbeit verweigern, oder weil man sie aus dem Bezirk einfach abschiebt. So vermindert sich die Zahl der Unterstützungsempfänger und frohlockend meldet die bürgerliche Presse: die Zahl der Arbeitslosen geht zurück! Demnächst wird sich die Zahl der Arbeitslosen weiter erheblich verringern. Umfangreiche Meliorationsarbeiten und Kanalbauten sind in Angriff genommen. Hier sollen Arbeitslose beschäftigt werden. Aber sie sollen nicht Tariflöhne bekommen, man will sie mit der Arbeitslosenunterstützung und einem kleinen Zuschlag abspeisen. So dient die Not dazu, die Produktionskosten für das Kapital noch weiter herunterzudrücken.

Die gesteigerte Not kommt bereits zum Ausdruck in der absoluten Verminderung der Bevölkerungsziffer infolge Geburtenrückgang und Senkung des Durchschnitts-Lebensalters. Besonders stark ist die Zunahme der Kinder- und Säuglingssterblichkeit als Folge verschärfter Entbehrungen in breiten Schichten des Volkes.

Selbst die Schichten der Bevölkerung, die so „glücklich“ sind, dauernd beschäftigt zu werden, sind gepeinigt von Sorgen um die Existenz, sie wissen auch nicht, wie sie sich selbst und ihre Familienangehörigen satt machen, wie sie alle Kosten decken sollen. Die Not dieser „Glücklichen“ kann als Maßstab gelten für das unsägliche Elend, für das grausige Entbehren und Leiden in der Schichten der Arbeitslosen, der Kurzarbeiter, der Klein- und Sozialrentner usw. Wir geben nachstehend eine Uebersicht, in der die Verminderung der Kaufkraft der Löhne und Gehälter zum Ausdruck kommt. Alle Zahlen entstammen den Ermittelungen des Statistischen Reichsamtes, das noch nie in den Verdacht geraten ist, die Lage der Arbeiter schlechter zu schildern, als sie in Wirklichkeit ist. Nach der genannten Quelle geben wir zunächst eine vergleichende Darstellung über das nominelle Einkommen verschiedener Erwerbsgruppen. Der Wochenlohn nach dem Durchschnitt von 15 Lohngebieten betrug:

Them. Industrie	Februar 1924	1923	1924 Rückgang in %
Handwerker	25,34	32,99	30
Betriebsarbeiter	22,70	26,76	18
Reichsbetriebe:			
Gelernte Arbeiter	23,78	34,56	44
Ungelernte Arbeiter	18,45	23,70	28

Ab 1. April sollen die Gehälter der Beamten um 15 Proz. erhöht werden. Es ergeben sich sodann für die vier untersten Gruppen folgende Sätze:

	Anfangsgehalt:	Endgehalt:
Gruppe I Schaffner	694,—	912,—
Gruppe II Postboten	750,—	1002,—
Gruppe III Schaffner	822,—	1092,—
Gruppe IV Lokomotivheizer	942,—	1260,—

Nach diesen Sätzen im Endgehalt ergeben sich Wochenlöhne von 17,54, 19,27, 20,10 und 24,23 Mark. Diese Bezüge bleiben um 30 und mehr Prozent hinter den Bezügen im Frieden zurück.

Den verminderten Einkommen stehen erhöhte Ausgaben für alle Lebensbedürfnisse entgegen. Für einzelne Waren sind Preissenkungen eingetreten, aber sie fallen gegenüber den Preiserhöhungen wenig ins Gewicht. Nach Zusammenstellungen des Statistischen Reichsamtes über die Kleinhandelspreise in 18 Großstädten geben wir diese Uebersicht; Preise in Mark:

	Januar 1914	3. März 1924	Steigerung in %
Kartoffeln kg	0,06	0,09	33
[illegible]	[illegible]	[illegible]	[illegible]
Speck kg	2,—	3,20	60
Butter kg	2,80	4,40	57
Erbsen kg	0,40	0,52	30
Schellfisch kg	0,60	0,80	33
Zucker kg	0,45	0,80	77
Eier Stück	0,10	0,16	60
Vollmilch l	0,24	0,33	37

Im Januar 1914 kosteten die dargestellten Waren in den erwähnten Mengen zusammen 8,25 Mark, am 3. März 1924 jedoch 12,29 Mark, somit ergibt sich eine Steigerung um rund 50 Prozent. In den gleichen Verhältnissen sind die Preise für Schuhwaren gestiegen, aber viel stärker erhöhten sich die Preise für Textilerzeugnisse aller Art. Und die Preise ziehen weiter an. In den letzten Wochen ist der Reichsindex für Lebenshaltungskosten durchschnittlich pro Woche um 1 Prozent gestiegen. Die Steigerung hält an. Gehen wir von den jetzigen Verhältnissen aus, so ergibt sich für die „Glücklichen“, die dauernd Arbeit und Einkommen haben, folgendes Resultat:

Senkung der Reallöhne und Gehälter um 18 bis 44 Proz.

Steigerung der Preise um 50 und mehr Prozent.

Jetzt hat aber nicht nur eine neue Preissteigerung eingesetzt, nun springen auch die Wohnungsmieten stark in die Höhe. Die Steigerung der Mieten ist so erheblich, daß z. B. die für April angekündigte Erhöhung der Beamtengehälter mehr als ausgeglichen wird. Selbst das Kapitalistenorgan, die „Kölnische Zeitung“, berechnet, daß verschiedene Beamtengruppen nach der Gehaltserhöhung und den neuen Mieten monatlich mit einem Mindereinkommen bis zu 16 Mark rechnen müssen. Es steht mithin auf der ganzen Linie eine neue erhebliche Verschlechterung der Lebenshaltung in Aussicht. Das Einkommen der überwiegenden Masse der Bevölkerung sinkt unter das physiologische Existenzminimum. Für einen großen Teil der Bevölkerung, nämlich für die Klein- und Sozialrentner, für die Arbeitslosen, Kurzarbeiter, für die Empfänger von Armenunterstützung, liegt die Lebenshaltung schon weit unterhalb jener Grenze, die Menschen vegetieren, sie gehen schnell zugrunde.

In Deutschland hat ein großes Auswandern eingesetzt. Das Auswandern zum großen Friedhof.

Verzweiflungsvoll kämpfen verschiedene Gruppen von Arbeitern um die Erhaltung ihrer Existenz. Dazu gehört auch der Kampf für den Achtstundentag. Die Arbeitszeitfrage ist unlösbar verknüpft mit der Lohnfrage. Aber in diesem Kampf hat die Arbeiterschaft Feinde ringsum. Die Amsterdamer stehen bei diesem Ringen auf der Seite der Unternehmer, sie kämpfen gegen das Proletariat. Das zeigt sich in Hamburg, das zeigt sich in den übrigen Werft- und Hafenorten, das zeigt sich in Ludwigshafen, das zeigt sich überall, wo Arbeiter den Kampf um die Sicherung des Achtstundentages aufgenommen haben. Die Kapitalistenpresse läßt Hilferufe ertönen. Das Kapital ist in Not. Die Häfen liegen voll Schiffe. Sie können nicht mehr gelöscht werden. Ankommende Schiffe können nicht mehr herein, zur Ausfahrt fertige nicht heraus. Somit ist die Situation für die streikenden Hafenarbeiter außerordentlich günstig. Trotzdem verharren die Kapitalisten auf ihrer Forderung. Die neunstündige Arbeitszeit soll erzwungen, der Lohn verkürzt werden. Die Arbeiter fordern nicht mehr, als die Erhaltung des achtstündigen Arbeitstages und den Friedenslohn. Was geschieht? In Hamburg und in Ludwigshafen mobilisieren die Amsterdamer gegen den Streik. Mit allen Listen und bürokratischen Mittelchen versuchen sie, den Kampf abzuwürgen. Sozialdemokratische Polizeigewaltige setzen die Technische Nothilfe ein, mobilisieren die bewaffnete Macht gegen die kämpfenden Arbeiter. In der Urabstimmung lehnten die Hafenarbeiter die Annahme eines Schiedsspruches ab, der ADGB. fordert erneutes Abstimmen. So will man mürbe machen. Der Reichsarbeitsminister wird nach Hamburg entboten, er soll den Werftgewaltigen, er soll den Handelskapitalisten, er soll den Amsterdamern behilflich sein bei der Niederzwingung der Arbeiter. Wo solch frevelndes Spiel gelingt, wo die Arbeiter sich täuschen lassen, wo sie nach langem, zähen Ringen gegen die vereinte Macht den Kampf abbrechen müssen, wo sie eine Atempause nötig haben, da zetern nachher die Amsterdamer über die Kommunisten, die den Streik verschuldet hätten.

Solange die Arbeiter das freventliche Spiel nicht durchschauen, solange sie die Diktatur der Amsterdamer dulden, solange werden sie auch noch Niederlagen erleben.

Der Beamtenabbau als Säuberung vor der Kommunistengefahr.

In Berlin wird der Magistrat abgebaut. Die Gelegenheit ist günstig, die beiden kommunistischen Stadträte zu entfernen. Den Genossen Letz hat man durch ein schikanöses Disziplinarverfahren gezwungen, sein Amt niederzulegen, aber sein Nachfolger aus der kommunistischen Liste ist vom Oberpräsidenten noch nicht bestätigt. Jetzt soll auch der besoldete kommunistische Stadtrat, der Genosse Stolt, aus „Ersparnisgründen“ abgebaut werden.

Voller — Schwindel

Geradezu erstaunlich ist die Kühnheit, mit der das Zentralorgan der Sozialdemokratie seine Leser — falsch informiert. In der Abendausgabe des „Vorwärts“ vom 19. März wird mitgeteilt, daß bei den Verhandlungen in Hamburg die Hafenarbeiter einen vollen Erfolg erzielt hätten. Der Achtstundentag bleibe bestehen, ferner das Dreischichtensystem, und schließlich behauptet der „Vorwärts“ auch noch, die Löhne würden erhöht.

Mit diesen Angaben hat der „Vorwärts“ einen Rekord in ihre Führung aufgestellt. In Wirklichkeit werden durch den gefällten Schiedsspruch den Hafenarbeitern drei Stunden pro Woche mehr Arbeitszeit zudiktiert. Außerdem sollen die Löhne verschlechtert werden. Mit großer Majorität haben denn auch die Arbeiter selbst den Schiedsspruch abgelehnt.

Welchen Zweck kann der Schwindel im „Vorwärts“ haben? Er wollte ganz zweifellos die Reihen der Kämpfenden zerschlagen. Eine Beendigung des Kampfes herbeiführen, der Arbeiterschaft verschlechterte Bedingungen aufzwingen. Das Unternehmertum war in Not. Wie der „Vorwärts“ sagt, hat der Kampf schon zu merklichen Erschütterungen des Wirtschaftslebens ganz Deutschlands geführt. Den Unternehmern sollte geholfen und den Kommunisten ein Schlag versetzt werden. Zum Schluß der Notiz bemerkt nämlich der „Vorwärts“, die Arbeiter hätten einen vollen Erfolg erzielt, die „idiotischen Versuche der Führer der KPD., den Streik auf das politische Gebiet zu schieben“, stritte abgelehnt. Die Arbeiter wissen nun: Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung buht der „Vorwärts“ als einen vollen Erfolg.

Emminger-Justiz.

In Fulda wurden wegen der Zusammenstöße, die sich am 8. Januar auf dem Kalibergwerk Neuhof zwischen Streikenden und Streikbrechern ereignet hatten, wobei auch die Landjäger angegriffen und zum Teil entwaffnet wurden, 14 angeklagte Arbeiter zu je 4 Monaten und 9 zu je 3 Monaten mit Strafaussetzung verurteilt. Ein Angeklagter erhielt ein Jahr Gefängnis. 22 Angeklagte, die der Staatsanwalt noch gern im Gefängnis gesehen hätte, wurden freigesprochen.

Arbeitslose, die im Dezember im Plauenschen Grunde (in Sachsen) nach einer Versammlung demonstrierten und die die Demonstration störenden Polizeibeamten entwaffnet hatten, ferner zwei am Amtsgericht Freital-Döhlen inhaftierte Arbeiter befreit hatten, wurden zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

11 Arbeiter, die im September sich an Zusammenstößen zwischen Arbeitslosen und Landwirten in der Magdeburger Gegend zur Zuckerernte beteiligt haben sollen, erhielten vom Amtsgericht Gretzow wegen Landfriedensbruch je drei Monate Gefängnis.

Wegen Verbreitung von Flugblättern wurden zwei Genossen aus Monsleben vom Landgericht Magdeburg zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Der Vorsitzende des [illegible] wurde verhaftet, weil er in der Eisenbahnerzeitung [illegible] Flugblatt verbreitet haben soll.

Die englische Arbeiterpartei zerstört nichts ...

Von Karl Radek.

Die englische Arbeiterpartei ist am Ruder.

Das englische Königreich unterjocht 350 Millionen Farbige. Die britischen Regierungen haben mehr als einmal gewechselt, ob sie aber aus Konservativen und Liberalen bestehen, haben die hindostanischen Bauern keinen Unterschied bemerkt. Nun ist die Labour Party zur Machtstellung gelangt. Die Labour Party besteht schon seit zwanzig Jahren, und während dieser zwanzig Jahre sah sich kein einziges ihrer Mitglieder veranlaßt, die Bauern und Arbeiter in Indien zu unterstützen. Von Zeit zu Zeit machten hervorragende Delegierte dieser Partei eine Reise nach Indien, stiegen in den besten und teuersten Hotels des Landes ab und haben bei ihrer Rückkehr nicht verfehlt, die englische Literatur durch ein sentimentales Werk zu bereichern, voller Anklagen gegen den britischen Imperialismus. Jetzt regiert die Labour Party. Der liberale Anwalt Lord Reading, dessen einzige und Hauptsorge die Zersplitterung der nationalen Bewegung der Hindus ist, bekleidet noch immer die Stelle des englischen Vizekönigs. Ein alter Kolonialbeamter, früher Gouverneur von Jamaika, Sir Sidney Olivier, ist Kolonialminister. In seiner Antrittsrede im Unterhause verlor Ramsay Mac Donald kein einziges Wort über die Lage in den Kolonien. Das Zentralkomitee der Labour Party verlangte in einem Manifest die Ernennung einer Studienkommission für Reformarbeiten in Indien. Wozu dieses Manifest? An wen wendet es sich? Warum eine parlamentarische Kommission? Hat denn die 2. Internationale, der die Labour Party angehört, in der Frage der Kolonien keine Stellung genommen? Und wenn es der Independent Labour Party an Autoritäten fehlt, können wir sie daran erinnern, daß es über die Hindufrage zwei ausgezeichnete Bücher gibt. Das eine geschrieben von Keir Hardie, Begründer der J. L. P., weniger klare Ideen, als ein großes proletarisches Herz hatte, das andere von Ramsay Mac Donald, dem gegenwärtigen Premierminister. Herr Mac Donald braucht nur sein eigenes Buch nochmals zu lesen und sich ans Werk machen. Eine parlamentarische Kommission wäre nur dazu gut, den Anschein zu erwecken, als geschähe etwas, obwohl nichts geschieht. Die kolonialen Sklaven des britischen Königreiches haben von der Arbeiterregierung nichts zu erwarten?

Die Labour Party gelangte zur Machtstellung im sechsten Jahre des Friedens, da man blind sein muß, um nicht zu sehen, daß der imperialistische Krieg nicht der letzte war, daß ihm andere Kriege folgen werden, wenn sich die Arbeiter nicht widersetzen. Die Arbeiterregierung hat Sowjetrußland de jure anerkannt, eine Tatsache sanktioniert. Die Labour Party hat aber stets die Geheimverträge bekämpft. Der Liberale Keenworthy hat sich daran erinnert und im Unterhause an die Arbeiterregierung die Frage gestellt, ob sie gesonnen sei, die geheimen Akten der Intervention in Rußland der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Herr Ponsonby, Stellvertreter des Außenministers, Mitglied der ILP., der seinerzeit mit Morel und Brailsford die Gesellschaft der Demokratischen Kontrolle gründete, deren Zweck die Bekämpfung der Geheimdiplomatie war, hat diese verfängliche Frage beantwortet. Auf dem Wege von den Liberalen zu den Arbeitern hat Mr. Ponsonby, allem Anschein nach, den größten Teil dessen vergessen, was er früher gepredigt hat. Die Geheimnisse von Lord Churchill und Lloyd George, erklärte er, würden nicht verraten werden. Übrigens verlangt Großbritannien von Rußland die Anerkennung der alten Schulden. Lord D'Abernon, der Gesandte in Berlin, wo er nie aufgehört hat, Lord Curzons Politik zu betreiben und Deutschlands Widerstand gegen Frankreich zu ermutigen, damit England eines Tages sich mit Frankreich auf Kosten Deutschlands verständigen könne, ist noch immer Gesandter in Berlin. Die Arbeiterregierung erklärt, mit dem Frankreich des Herrn Poincaré das beste Einvernehmen aufrechterhalten zu wollen. Frankreich gegenüber ist ihre Lage schwerer als die des Konservativen Baldwin. Dieser letztere konnte sich mit dem imperialistischen Frankreich verständigen oder sich gegen dieses bewaffnen. Das gute Einvernehmen mit Frankreich fordert die Annullierung der französischen Schulden oder die Gewährung von Zahlungserleichterungen an den französischen Schuldner, ohne die Herr Poincaré seinerseits keine wirtschaftlichen Konzessionen an Deutschland machen kann. Mr. Baldwin ließ diese Frage unentschieden. Ramsay Mac Donald wird sie auch nicht entscheiden können. Es bleibt nichts anderes übrig als der Weg der Bewaffnung. Diese müßte aber ein solches Anziehen der Steuerlast nach sich ziehen, daß ihr, wie Brailsford im „New Leader" gesteht, die Machtstellung der Labour Party zum Opfer fallen würde. Aus diesem Grunde sagt Ramsay Mac Donald Frankreich Höflichkeiten und läßt die Bewaffnung ihren normalen Weg gehen. Jene, die von der Labour Party eine energische Verteidigung des Friedens erwarten, sind enttäuscht.

Die Labour Party ist zur Machtstellung gelangt, da sie die Verringerung der schwer drückenden Staatsschulden im Wege einer Steuerreform sowie energische Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit in Aussicht gestellt hatte. England hat mehr als 25 Milliarden Goldmarken jährliche Einnahmen, wovon die Zinsen und Amortisation der Staatsschulden nicht weniger als 30% beanspruchen. Eine Prämie für die Kapitalisten, die den Krieg gemacht haben. Ramsay Mac Donald erklärte, daß eine Sachverständigenkommission die Frage der Schulden prüfen werde. Sonderbarerweise hat aber die Arbeiterregierung keinen Plan für die Besteuerung des Kapitals. Ihr Handelsminister, Sidney Webb, einer der bekanntesten englischen Nationalökonomen, hat diese Frage in seinem Buche: Wie sind die Kriegsschulden zu bezahlen? gründlich erforscht, und ihr Finanzminister Philip Snowden ist der Verfasser eines Werkes, das ein vollständiges Finanzprogramm enthält. Die Kommission wird auch in diesem Falle nichts anderes als ein Begräbnis erster Klasse sein. Ramsay Mac Donald hat sich übrigens klar dahin ausgesprochen, daß er nicht die Absicht hätte, dem gegenwärtigen Parlament ein Gesetz zur Besteuerung des Kapitals vorzulegen.

Indem die Arbeiterregierung auf die Besteuerung des Kapitals verzichtet, wird sie auch unfähig sein, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. In dieser für die Arbeiterklasse lebenswichtigen Frage hat sie kein Programm. Sie hat sich damit begnügt, folgende tiefgründige Erklärung zu machen: es genügt nicht, die Arbeitslosigkeit durch Unterstützung der Arbeitslosen zu bekämpfen, man muß auch trachten, die industrielle Tätigkeit zu erhöhen. Herr Mac Donald wird bei der Hilfe für die Arbeitslosen zweifellos nicht weitergehen als seine konservativen Vorgänger. Jene, die von der Arbeiterregierung eine zwar langsame, aber energische Aktion gegen das Kapital und zum Schutz der Arbeiterinteressen erwarteten, sind enttäuscht.

Die englische Arbeiterregierung wird die Welt nicht umwälzen. Sie hat keine andern Sorgen, als eine Erschütterung des kapitalistischen England zu vermeiden. Sie tut nichts anderes, als auf die Revolution verzichten. Sie verzichtet auf die demokratische Verteidigung der Interessen der Arbeiterklasse. Lloyd George schrieb vom Salisburyschiff der Labour Party: „Diese Regierung kann keinen einzigen Tag ohne unsere Unterstützung bestehen." Herr Lloyd George weiß das und macht eine liberale Politik. Er täuscht sich bloß darin, daß er glaubt, auf diese Weise die sozialen Erschütterungen vermeiden zu können. Er wird die Arbeiterklasse erschüttern und ihr beweisen, daß sie nichts von den Parteien zu erwarten hat, die sich vor den sozialen Kämpfen fürchten.

Die internationale kommunistische Presse muß Tag für Tag die Erfahrungen der englischen Arbeiterregierung verfolgen. Dieser Erfahrung fällt es zu, nochmals den Unterschied zwischen den Kommunisten und den Sozialisten der 2. Internationale, zwischen den revolutionären Anhängern der Diktatur des Proletariats und den reformistischen Anhängern der Demokratie darzutun. Dieser Unterschied besteht darin, daß wir gegen den Kapitalismus kämpfen wollen und sie wollen nicht kämpfen.

Macdonalds Kampf gegen Indien.

Genau so, wie der französische Imperialismus auf dem Umweg über China sich gegen Räterußland wendet, führt Macdonald, der pazifistische Agent des englischen Imperialismus, dessen Kampf zur Unterjochung und Unterdrückung der indischen Volksmassen weiter.

Streikende Textilarbeiter in Bombay werden von englischen Soldaten niedergeschossen.

Aufständische Bauern Indiens und Landarbeiter sind den englischen Maschinengewehren ausgeliefert.

Indische Kommunisten werden von den patentierten Demokraten und Sozialisten Macdonalds des Hochverrats angeklagt, weil sie den Versuch gemacht hätten, die Mehrheit im indischen Nationalkongreß zu gewinnen und werden deshalb ins Gefängnis geworfen.

Der Erfolg Macdonalds ist eine um so stärkere antienglische Bewegung in Indien, die sich auch in der Ablehnung des indischen Budgets durch die indische Volksvertretung äußert.

Macdonald wird mit seiner gepanzerten Faust die indischen Volksmassen genau so auf den einzigen Weg zur Rettung aus imperialistischer Fron treiben, zur Verbindung mit Räterußland, wie dies dem französischen Imperialismus in China gelingt.

Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Räte-Rußland und China.

Die diplomatischen Beziehungen zwischen Sowjetrußland und China sind abgebrochen. Räterußland hat seinen Gesandten, den Genossen Karachan, abberufen. Als Grund wird angegeben, daß China sich geweigert habe, Räterußland anzuerkennen.

Hinter diesem formellen Grund der Nichtanerkennung Rußlands durch China, welche Weigerung um so auffallender ist, als alle Mächte in den letzten Wochen Rußland anerkannt haben, steht ein höchst materieller: ein imperialistischer Vorstoß Frankreichs gegen Rußland. Es handelt sich bei dem Konflikt, bei dem China als der Geschobene des französischen Imperialismus erscheint, um die nordchinesische Eisenbahn. Diese Eisenbahn, die seinerzeit von Rußland gebaut worden ist, ist während der Revolution durch Vermittlung russischer Gegenrevolutionäre der vom französischen Kapital gegründeten Banque Industrielle de Chine, die 1920 bankrott gemacht hat, ausgeliefert worden. Sie hat seinerzeit auch Koltschak als Stützpunkt gedient. Diese beiden Tatsachen kennzeichnen die wirtschaftliche und politische Bedeutung der Bahn. Sie soll ein wirtschaftliches und politisches Werkzeug des französischen Imperialismus für die Unterjochung Nordchinas und gleichzeitig ein Einfallsweg nach Räterußland sein.

Während in Europa die imperialistischen Räuber mit Räterußland Frieden zu halten vorgeben, versuchen sie, im fernen Osten — wo, wie sie hoffen, das Proletariat ihre Absichten nicht so schnell durchschauen wird — neue Interventionen gegen die russische Arbeiter- und Bauernmacht vorzubereiten. Die Herrschaften täuschen sich. Das Proletariat der Welt wird jeden Anschlag auf Rußland, woher er auch kommen möge, zu vereiteln wissen.

•

Nach einer Moskauer Meldung des „Berliner Tageblatts" sind die nationalen Kreise und die proletarischen Schichten Chinas entrüstet über den Eingriff der imperialistischen Mächte in die Außenpolitik Chinas. Der Konflikt, den die chinesische Regierung auf Befehl der imperialistischen Machthaber gegen Rußland hat vom Zaun brechen müssen, hat also schon zu seinem Beginn zur Folge gehabt, die Solidarität zwischen Räterußlands und den von dem Weltimperialismus unterjochten chinesischen Volksmassen die Solidarität zu verstärken.

Claß' Diktatur.

Justizrat Claß, Hauptführer der Deutschnationalen, veröffentlichte in der „Deutschen Zeitung" einen Artikel, den man den deutschnationalen und völkischen Nachläufern sehr dringend der Beachtung empfehlen kann. Claß setzt auseinander, daß von einem Reichstag, daß von einer Wahlbewegung keine Rettung zu erwarten ist. Das einzigste Rettungsmittel sei Diktatur. Immerhin, eine Rechtsmajorität sei als Vorbereitung für eine Diktatur zu begrüßen. Was am wichtigsten ist, Herr Claß will mit der Diktatur das, was mit den Ermächtigungsgesetzen begonnen ist, verschärft weiterführen. Wörtlich sagt Herr Claß:

„Wie leicht dies unter etwas günstigeren Umständen zu erreichen wäre, zeigen die Erfahrungen, mit dem Ermächtigungsgesetz, das in der Sache eine Verneinung des Parlamentarismus bedeutet — die von ihm erteilten Vollmachten wurden einem „Koalitionskabinett" auf kurze Zeit übertragen, in der es seinem Wesen nach „Kompromißpolitik" betrieb. Immerhin eine Politik, die turmhoch über jener stand, die der traurige Reichstag selbst hätte treiben können. Denkt man durch, was eine von der völkischnationalen Diktaturgewalt ausgestattete Regierung ausrichten könnte, so sieht man den Weg zur Rettung durch die gesetzmäßige Diktatur offen."

Hier wird ganz offen bekundet, daß eine deutschnational-völkische Wahrheit den Beamtenabbau, die Gehaltskürzungen, den Abbau der gesamten Sozialpolitik, eine systematisch durchgeführte Verlängerung der Arbeitszeit, Abwälzung aller Steuern auf die erwerbstätigen Massen fortsetzen und verschärfen würde. Was die Regierung mit den Ermächtigungsgesetzen noch gebracht hat, genügt den deutschnationalen Wahlstimmenfängern nicht. Man kann ihnen dankbar sein, daß sie ihren Wählern schön vor der Wahl offenbaren, was ihnen von einer deutschnational-völkischen Diktatur blüht.

In diesem Zusammenhang mag daran erinnert werden, daß im Hitler-Prozeß bekannt geworden ist, daß im vergangenen Jahre in den kritischen Tagen des Oktober zwischen Claß, den Ludendorff- und Kahrleuten, Seeckt und Ebert schon Unterhandlungen über die Errichtung einer „gesetzmäßigen" Diktatur gepflogen sind.

Beamte, Mittelständler, vor allem auch Arbeiter, die sich von den Deutschnationalen und Völkischen für die Wahl einfangen lassen, handeln wie Kälber, die ihre Metzger wählen.

Ebert wollte keine Beendigung des Krieges

Der Reichspräsident Ebert hat gegen die „Deutsche Tageszeitung" eine Beleidigungsklage angestrengt, weil in einem Artikel von ihm behauptet wurde, der damalige Reichstagsabgeordnete sei ein Führer und Förderer des Munitionsarbeiterstreiks im Jahre 1918 gewesen. Recht seltsam muß es anmuten, daß Fritz Ebert darin eine Beleidigung erblickt, daß er durch Unterstützung des Munitionsarbeiterstreiks eine vorzeitige Beendigung des Krieges herbeigeführt habe. Nun richtig ist es schon, daß Ebert gar nicht den Mut aufgebracht hat, sich an die Spitze des Munitionsarbeiterstreiks zu stellen und so ein Ende des Menschenmordens herbeizuführen. Erst durch die Massen der Arbeiterschaft gezwungen, billigte er den Streik.

Trotzdem dürfte der Herr Reichspräsident mit seiner Beleidigungsklage wenig Glück haben, da gewiß noch dafür Ohrenzeugen vorhanden sein dürften, daß er sich, wenn auch unter dem Druck der Arbeiterschaft in einer öffentlichen Versammlung für den Munitionsarbeiterstreik ausgesprochen hat.

Deswegen nicht!

Der sozialdemokratische Parteivorstand verlautbart, daß er an sich gegen eine Kandidatur Noskes zu den Reichstagswahlen nichts einzuwenden habe. Nicht wegen seiner früheren Tätigkeit als Reichswehrminister komme seine Kandidatur aber nicht in Frage, sondern weil er als Oberpräsident von Hannover unabkömmlich sei. — Diese Feststellung des Parteivorstandes ist sehr interessant. Noske, der Mann, der den Kapp-Putsch verschuldet, der nach eigener Aussage die Blutschuld von Tausenden von Proletariern auf sich geladen hat, ist den Sozialdemokraten als Reichstagskandidat noch gut genug, doch nur weil er Oberpräsident von Hannover ist. ...

Der zusammengeschrumpfte Metallarbeiterverband.

In der letzten Sitzung der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes beschäftigte man sich auch mit den Lohnbewegungen, die sich aus Anlaß des tariflosen Zustands entwickeln können. Dabei stellte sich heraus, daß die überwiegende Mehrzahl nicht mehr im Deutschen Metallarbeiter-Verband organisiert ist, sondern, daß die unorganisierte Arbeiterschaft den weitaus größten Prozentsatz ausmacht. Die Ortsverwaltung vertrat den Standpunkt, daß für einen Eintritt in die Streikbewegung nur die Stimmen der organisierten Arbeiter maßgebend sind. Eine Arbeitsniederlegung kann nur dann herbeigeführt werden, wenn die Mehrheit der im Verband Organisierten für den Streik stimmt. Wenn nun in einem Betriebe, in dem die Streikfrage akut geworden ist, der größte Teil der Arbeiterschaft unorganisiert ist, und von den im Deutschen Metallarbeiterverband Organisierten nur eine Minderheit für den Streik ist, kann der Streik nicht eingeleitet werden.

Das weiße Kuhei.

Der Wirtschaftsredakteur des „Vorwärts", Kurt Heinig, der sich in weiser Selbsterkenntnis Kuhei nennt, hat es geschafft! Er hat die neue Wahlparole gefunden! Die neue Losung, in deren Zeichen das deutsche Volk genesen soll, heißt: „Abbau der Unternehmer!" Einfach, klar und durchschlagend.

Nämlich, meint unser weises Kuhei, sind die Unternehmer jetzt nicht mehr so brav wie vor dem Kriege. Damals kalkulierten sie sorgfältig, damals sorgten sie erst, daß der Inlandsbedarf gedeckt sei, bevor sie an den Export dachten. Direkt ein Kapitalismus, der zum Küssen war! Daß es lächerlich ist, ausgerechnet vom Kapitalismus der Hochschutzzölle und des Imperialismus zu behaupten, daß er erst an den Inlandsbedarf und dann erst an den Export dachte, braucht ein neunmal weises Kuhei selbstverständlich nicht zu wissen. Aber weiter: Dieser wunderschöne Kapitalismus ist, leider Gottes, klagt das Kuhei, während der Inflation sittlich verwildert. Früher erhöhte man das „produktive", das „arbeitende" Kapital, in der Inflation hatten von den Kapitalserhöhungen nur die Aktionäre den Nutzen. Und diese legten ihr Geld, in Verkennung ihres wahren, sittlichen Unternehmerberufs, den ihnen die „Vorwärts"-Weisheit unseres Kuheis zuweist, in Sachwerten und in Luxusgegenständen an, statt ihn „produktiv" zu verwerten. Vor dem Kriege gab es selbstverständlich keinen kapitalistischen Luxus; da ist niemand Auto gefahren.

Die Inflation oder der Kladderadatsch der SPD. scheint unser Kuhei ganz verrückt gemacht zu haben. Vor dem Kriege mobilisierten die Kapitalserhöhungen Geldkapital. Die Inflation hat den Geldmarkt in Deutschland ganz umgewälzt. Zur einzigen Geld- und Kreditquelle wurde die Reichsbank. Die Kapitalserhöhungen verwandelten sich aus einem Mittel Geldkapital in Industrielles, in ein Mittel, durch Verwässerung des Aktienkapitals die kleinen Aktionäre zugunsten des Großkapitals zu expropriieren. Die Sachwert-Anlagen waren nur eine Seite dieses Vormarsches der Schwerindustrie, dem die sozialdemokratischen Kuheier den Weg geebnet hatten. Das ganze Gerede von den „produktiven" Unternehmern und den „unproduktiven" Aktionären ist vollendeter Unsinn.

Aber unser Kuhei leitet aus seiner wundersamen Betrachtung die vorher erwähnte Parole ab: Abbau der Unternehmer! Es lebe der ehrliche, brave, sittliche Kapitalist, fort mit dem Kriegs- und Nachkriegserlaß! Diese Parole hat den einen Nachteil, daß sie nicht neu ist. Die neue sozialdemokratische Weisheit stammt aus dem geistigen Arsenal Hitlers. Auch die Völkischen kämpfen gegen die „unproduktiven Aktionäre" für die „produktiven Unternehmer", in Wirklichkeit ist da gar kein Unterschied vorhanden. Das sozialdemokratische Kuhei, dem die Große Koalition mit Stinnes der Lebensstrom ist, hat sich folgerichtig bis zum Faschismus entwickelt.

Das Sprichwort sagt: das Ei soll nicht klüger sein wollen als die Henne. Ein Kuhei vollends wird nie über das Kuhei hinauskommen.

Die zusammengebrochene Frankenspekulation.

Die schnelle Besserung des Frankenkurses, herbeigeführt durch die Intervention englischer und amerikanischer Kapitalistengruppen, die dadurch ihre Hand endgültig auf die französischen Arbeiter und Bauern legen, hat schwere Zahlungsschwierigkeiten an den verschiedenen Börsen der Welt zur Folge gehabt. Deutsche, holländische, schweizer und österreichische Geldspekulanten hatten sich auf eine neue Valutatorheit mit allen ihren einträglichen Folgen für ihren Geldbeutel eingerichtet. Jetzt ist der Frank gestiegen und die Spekulation zusammengebrochen. Daher Zahlungsschwierigkeiten vor allem in Amsterdam, Zürich und Wien. Daher große Schwierigkeiten auch an der Berliner und Hamburger Börse. Vor allem im Metallhandel hatte man große Abschlüsse in Frankenwährung

gemacht und dabei ein weiteres Sinken des Franken in Rechnung gestellt. Jetzt muß mit Franken zu einem höheren Kurs bezahlt werden. Und da gibt's Komplikationen. Die Börse ist flau und verstimmt. Die deutschen, holländischen und österreichischen Schieber haben vom amerikanisch-englischen Kapital eine schwere Niederlage erlitten. Die Kosten dieser Niederlage trägt das deutsche und französische Volk.

Staatlich organisierter Werkschutz im besetzten Gebiet. Vorbereitungen zum Arbeitermord!

Unsere französischen Genossen hatten Gelegenheit, eine Reihe von Protokollen und anderen Dokumenten über Verhandlungen zwischen offiziellen französischen und natürlich nicht offiziellen deutschen Stellen zu photographieren, die eine gute Illustration zu dem schönen Liede bilden: „Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen."

Wir begnügen uns heute mit der Feststellung einiger Tatsachen, denen wir weiteres folgen lassen werden, wenn irgendein Möchtegern Kemal-Pascha oder einer seiner Haremswächter sich ein Dementi wagen sollte.

Die bereits seit mehreren Wochen zwischen den Behörden und Unternehmerorganisationen des besetzten Gebietes einerseits, und dem Reichsinnenministerium andererseits gepflogenen Verhandlungen über den

Ausbau illegaler Werkschutzverbände

zur bewaffneten Niederschlagung der Arbeiterbewegung sind vor einigen Tagen zum Abschluß gelangt.

Die seit einiger Zeit im unbesetzten Gebiet bereits durchgeführte Bildung dieser illegalen Formationen scheiterte im besetzten Gebiet bisher an dem Widerstand der französischen maßgeblichen Instanzen, jedoch jetzt auf Grund von Verhandlungen und gegen Garantieleistung; daß diese Werkschutzverbände unter dauernder Kontrolle der Militärbevollmächtigten stehen solen, beseitigt sein soll. Damit glaubt sich die zuständige französische Militärbehörde die Sicherheit geschaffen zu haben, daß diese illegalen bewaffneten Formationen nur so lange ein Werkzeug der deutschen Regierungspolitik bleiben, als es sich um die Niederknüttelung der Arbeiterbewegung handelt. Die Franzosen haben dabei den Vorteil, daß sie bei irgendwelchen Streiks oder Hungerunruhen ihre bewaffneten Kräfte nicht einsetzen brauchen. Sie können im Gegenteil Arbeiterfreundlichkeit mimen!

In den Vorbesprechungen der jetzt zum Abschluß gekommenen Pläne der Organisierung des Werkschutzes wurde von den beteiligten rheinischen Kreisen besonders auf die Schwierigkeiten des besetzten Gebietes gegenüber dem unbesetzten hingewiesen. Man betonte, daß im unbesetzten Gebiete die Streiks lediglich der Aktivität der Kommunisten zuzuschreiben seien, während die Gewerkschaften die Führung der Streiks abgelehnt hätten. Hier habe sich der Werkschutz in Gemeinschaft mit der Technischen Nothilfe auf breite Arbeiter- und Angestelltenschichten besonders aus den christlichen Verbänden stützen können. Im besetzten Gebiete seien die Verhältnisse jedoch bedeutend schwieriger, da die Stimmung der Arbeiterschaft, wie auch der Beamten und Angestellten, gegen das Unternehmertum gerichtet sei. Die Bildung des Werkschutzes müsse deshalb viel vorsichtiger betrieben werden. Andererseits aber sei es auch notwendig, stärkere Werkschutzverbände sowie eine straffere Zentralisation und Eingliederung in die behördliche Befehlsgewalt herzustellen.

Die jetzt zum Abschluß gekommenen Verhandlungen tragen all diesen Wünschen der rheinischen Industriekreise vollauf Rechnung. Die Bestrebungen der Industriekreise nach dieser Richtung scheiterten bisher an dem Widerstand des verstorbenen Dr. Freund. Nachdem durch Severing der tüchtige Republikaner Meister, Mitglied der Deutschen Volkspartei, an die Stelle Freunds gerückt ist, haben die rheinischen Industriekreise einen warmen Fürsprecher für ihre Pläne erhalten, so daß sie jetzt ihre seit langem gehegte Absicht durchführen können. An die Spitze der zu schaffenden Kampforganisationen gegen die Gewerkschaften ist der Oberstleutnant Niehoff aus Essen gestellt worden. Er ist vom Preußischen Ministerium des Innern mit besonderen Vollmächten ausgestattet und hat den Aufbau der Kampforganisationen gegen die Kommunisten nach folgender Richtung durchzuführen:

1. ein besonderes Spitzelnest gegen die Kommunisten ist zu schaffen sowie einen besonderen Beobachtungsdienst zu organisieren;

2. Die Polizeiorgane sind zu reorganisieren. Diese Reorganisation dürfte sich im wesentlichen so vollziehen, daß an die Stelle der bisherigen republikanisch zuverlässigen Beamten faschistische Elemente gesetzt werden, da der Oberstleutnnat Niehoff, wie er in Besprechungen äußerte, der Auffassung ist, daß die Polizei durchaus zuverlässig und außerdem zu schwach sei.

3. (Und das wird die Hauptaufgabe Niehoffs sein.) Die Herstellung der engsten Verbindung zwischen der Technischen Nothilfe und den Werkschutzorganisationen, über die er im Einsatzfalle volle Befehlsgewalt erhält. Er ist der preußischen Regierung für die Organisation und den Ausbau der Technischen Nothilfe sowohl, wie auch den Werkschutzorganisationen verantwortlich. Ihm untersteht die Beaufsichtigung und Bewaffnung sowie die Ausbildung der Werkschutzangehörigen.

Das ist der saubere Plan, der unter dem Ausnahmezustand und freudiger Förderung der daran beteiligten französischen Behörden durch den Sozialdemokraten Severing als preußischem Innenminister gedeckt wird. Schon in den nächsten Wochen werden die Arbeiter des besetzten Gebietes bei ihren Kämpfen sich dieser staatlich organisierten und ausgerüsteten Pinkertongarde gegenüber sehen. Wie im besetzten Gebiete, wo die Bildung dieser illegalen bewaffneten Werkschutzorganisationen nur mit Zustimmung der französischen Behörde möglich war, werden auch in allen übrigen Gebieten Deutschlands nach demselben Muster derartige Organe geschaffen, die zur Niederknüttelung der Arbeiterschaft dienen sollen. Die Säuberung der Betriebe von Kommunisten, die Errichtung von faschistischen Arbeitsnachweisen, wie sie besonders in Mitteldeutschland sich in erschreckendem Maße breitmachen, bilden die Vorarbeiten, um diese Pläne der Gegenrevolution restlos durchzuführen.

Die Arbeiterschaft wird nicht umhin können, gegenüber diesen Rüstungen des Unternehmertums und der Regierung ihre Gegenmaßnahmen zu treffen, damit sie bei ihren Kämpfen um die Erhaltung ihrer Existenz dem Gegner mit den gleichen Mitteln antworten kann. Die Vorbereitungen der Arbeiter auf diese bevorstehenden Auseinandersetzungen ist keine Aufgabe der Kommunistischen Partei allein, sie ist eine Aufgabe der gesamten Arbeiterschaft und kann nur zum Erfolg führen, wenn die Arbeiterschaft in geschlossener Einheitsfront sich auch organisatorisch in den Betrieben auf die bevorstehenden Kämpfe vorbereitet, insbesondere gilt dies für den bevorstehenden Kampf im Ruhrgebiet.

Aus der Partei.

Der Bezirk Mecklenburg zur Parteilage.

Auf dem Bezirksparteitag Mecklenburg wurde folgende Resolution der Parteilinken mit 46 gegen 3 Stimmen, die sich für die Mittelgruppe entschieden, angenommen:

„Der Bezirksparteitag Mecklenburg begrüßt die Beschlüsse der Exekutive und entscheidet sich auf ihren Boden für die Linie der Partei gegen das Zentrum.

Namentlich erklärt er: 1. Die Einheitsfronttaktik, wie sie von der Rechten und im Zentrum durchgeführt wurde, war falsch und schädlich. 2. In Sachsen konnte und mußte zunächst der Verteidigungskampf, dann im ganzen Reiche der Kampf um die Macht aufgenommen werden. 3. Unter Führung der erdrückenden linken Parteimehrheit und unter schärfster politischer Zurückweisung der opportunistisch schwankenden Mittelgruppe muß die Partei die sozialdemokratischen Ueberreste der luxemburgischen Theorie und Praxis überwinden, um eine leninistische Vorhutpartei in Deutschland zu schaffen."

Die einstimmig angenommene Resolution zur Gewerkschaftsfrage stimmt im wesentlichen mit der Resolution der Berliner Bezirksleitung überein.

Als Kandidaten für die Reichstagswahl wurden aufgestellt: 1. Gen. Herzfeld-Berlin, 2. Gen. Roß-Lübeck, 3. Gen. Wenzel-Rostock, 4. Genossin Greve-Lübeck, 5. Gen. Mensing, 6. Gen. Gerlach-Wismar, 7. Gen. Lehrer Peters-Neubrandenburg.

Aufstieg der Partei.

In Mecklenburg ist die Zahl der Ortsgruppen der Partei nach einem Bericht der Bezirksleitung von 63 auf 102 Ortsgruppen gestiegen, die Zahl der Mitglieder von 2200 auf 5000.

Beamtenbewegung.

Der Reichspräsident und Schaffner.

Der Reichspräsident bekommt nach dem neuen Etat ein Gehalt von 45 060 Goldmark jährlich, ein Schaffner 684 und höchstens 912 Goldmark jährlich. Selbst ein Lokomotivführer kann bestenfalls auf 1734 Mark kommen.

Man sieht, was es mit der zu Wahlzwecken am 1. April angekündigten Erhöhung der Beamtengehälter auf sich hat. Die Gehälter, namentlich der untersten Gruppen, bleiben jämmerliche Hungerlöhne, während für Herrn Fritz Ebert Gehaltssätze festgelegt worden, die diesem Hüter der kapitalistischen Wirtschaft ein ruhiges und auskömmliches Dasein gewährleisten.

Arbeiterkämpfe.

Erneute Verschärfung im Oppauer Streik.

PWC. Die Front der streikenden Anilinarbeiter ist nach wie vor geschlossen. Der Streik hat sich wesentlich verschärft, da sich die Direktion weigerte, die den Arbeitern noch zustehenden Lohnzahlungen aus der letzten Dekade auszufolgen. Sie erklärte sich dazu nur unter der Bedingung bereit, daß von den Arbeitern die Notstandsarbeiten wieder übernommen werden. Der Oberbürgermeister von Ludwigshafen hat versucht, mit dem Direktor Seidel von den Badischen Anilin- und Sodafabriken Verhandlungen einzuleiten, was von der Direktion aber abgelehnt wurde. Der Oberbürgermeister hat sich darauf nach Berlin an die Reichsregierung gewandt und um ein vermittelndes Eingreifen ersucht. Die Direktion der Badischen Anilin- und Sodafabriken hat durch ein Gesuch bei der Interalliierten Rheinlandkommission erwirkt, daß Streikversammlung jeder Art verboten sind. Die Versammlungen der streikenden Arbeiter werden nunmehr im unbesetzten Gebiet abgehalten.

•

Die Agfa in Berlin will, nachdem die Belegschaft bisher fünf Tage je acht Stunden gearbeitet hatte, die Arbeitszeit auf neun Stunden verlängern. Die Belegschaft setzt sich geschlossen zur Wehr.

•

Die Oberbauarbeiter der Eisenbahn im ganzen Rhöngebiet sind wegen der Arbeitszeitverlängerung in den Streik getreten.

•

Der Belegschaft der Eisenbahnbetriebswerkstätten in Weimar wurde von der Direktion eine Arbeitszeit von 6—6 Uhr mit einer zweistündigen Mittags- und einer einstündigen Vesperpause vorgeschlagen. Die Belegschaft will den Achtstundentag nicht aufgeben und hat vorerst den Schlichtungsausschuß angerufen.

•

Die Arbeiter des Elektrizitätswerkes Hirschfelde mußten die Arbeit zu den Bedingungen des Schiedsspruches (54 Stundenwoche usw.) wieder aufnehmen. Die sächsische Koalitionsregierung hatte Teno und Schupo in das Werk gelegt. Zwar

DIE REBELLEN

8 **Von P. E. Dybenko.**

(In Buchform erschienen im Verlage für Literatur und Politik, Wien.)

Die Sitzung dauert fort. Stürmische Debatten und Streitereien über verschiedene Fragen der Tagesordnung lassen deutlich zwei Lager erkennen: das eine, mit dem Kommandeur des Linienschiffes „Andrej", Ladyschinsky, der Zahl nach schwächer, aber intellektuell hochstehender, fügt feindurchdachte Klauseln in die Resolutionen, — das ist die Gruppe der Offiziere und der sich Anschließenden. Die andere zahlreichere Gruppe besteht aus Delegierten, die zwar von verschiedenen Voraussetzungen ausgehen, aber die gleichen Ziele verfolgen, — es sind Matrosen, Soldaten und Arbeiter. Die Einteilung dieser zwei Gruppen trat besonders scharf in dem Augenblick hervor, als man über die Vertrauensfrage und die Unterstützung der neuen Regierung abzustimmen begann. Die zweite Gruppe war durchaus gegen das Vertrauensvotum, sie stellte eine ganze Reihe von praktischen Forderungen und entwarf Maßnahmen, die die Regierung ausführen sollte.

Endlich sind die Resolutionen mit allen möglichen Korrekturen und Zusätzen angenommen. Die Sitzung wird geschlossen. Man singt die Marseillaise, das Theater entleert sich langsam. Aber die Diskussionen werden auf der Straße fortgesetzt. Jeder beweist seine Ueberzeugung, jeder denkt und sucht nach Wegen. Schon in dieser Versammlung ist deutlich eine kleine Gruppe von Matrosen hervorgetreten, die gegen alle Resolutionen gestimmt hat. Es war die Gruppe der Bolschewisten und der mit ihnen Sympathisierenden. Aber sie konnten noch nicht so recht hervortreten und sich Gehör verschaffen. Im Grunde genommen schloß sich die Mehrzahl der Matrosen ihren Sympathien nach dieser Gruppe an, aber es fehlte an der nötigen Organisation. Erst bei der nächsten Sitzung des Sowjets begannen sich die Parteigruppierungen zu bilden.

III.

Der Bruns-Park zieht die allgemeine Aufmerksamkeit auf sich. Den dritten Tag schon gräbt man das Massengrab für die Opfer der Revolution am Ufer des baltischen Meeres, an jener Stelle, wo einstmals die Reste des Segelkreuzers „Russalka" von stürmischen Wellen an Land getrieben wurden. Hier, fern von heimatlichen Feldern, hier, wo das rote Banner zum erstenmal stolz über der Flotte wehte, wo das revolutionäre Bollwerk erstarkte und zum Hort der Revolution wurde — hier will man ihre ersten unsterblichen Helden begraben. Das Rauschen der Wellen und das Plätschern der Flut werde ihnen das süße Lied der Ruhe singen. Die Erde wird ihre Körper bedecken, aber ihre Gestalten werden im Geiste der künftigen Generation bleiben. Ueber ihrem Grabe wird sich ein majestätisches Denkmal erheben, — das Denkmal der freien Arbeit .... (Aber die Feinde der Revolution haben das Grab der Erde gleichgemacht und die Namen der Helden ausgelöscht. Erst vor einigen Tagen, als ich zufällig durch Finnland reiste, besuchte ich den Ort, wo sich dieses Grab befand. Der Hügel, den die Hände der Revolutionäre über den ersten Opfern der Revolution aufgerichtet hatten, ist zerstört. Bei diesem Anblick flammt der alte Haß gegen die Klassenfeinde auf. Sie haben wohl den Hügel zerstört, aber sie haben nicht die Kraft, die Erinnerung an die toten Helden zu vernichten, — ein Denkmal, das nicht von Architekten stammt, sondern aus dem Gefühl des revolutionären Volkes herausgewachsen ist.)

... Morgen findet die Beisetzung der Opfer der Revolution statt. Dieser Tag der Trauer, der doch auch ein Tag des Festes ist, wird keinen Gram in den Herzen wecken, — er wird neuen Mut und die Bereitschaft zu neuen Heldentaten auf dem Schlachtfelde des Klassenkampfes schaffen. Die Fahnen neigen sich vor dem Grabe der ersten Opfer der Revolution, und stolz erheben sich die Blicke der Sklaven von gestern. Und vor diesen stolzen drohenden Blicken werden die Totengräber der Freiheit verstummen. Es wird ihnen nicht mehr gelingen, freie Seeleute in die Fesseln der Sklaverei zu schlagen!

Heller freudiger Morgen. Vom Hafen aus ziehen endlose Reihen gleichmäßig marschierender Matrosen. Ein Meer rhythmisch schwankender Köpfe, in der Sonne aufglänzende Bajonettspitzen, stolzwehende Banner schreiten dem Brudergrab zu. In geordneten Kolonnen ziehen die Truppen. Ihnen folgen Arbeiter, Frauen und Kinder. Es sind junge Finnen, die den gefallenen Helden ihren letzten Gruß bringen. Ihre Gesichter sind voller Begeisterung und Freude. Auch sie ziehen mit ihren Bannern und Losungen. Jetzt können diese Proletarierkinder an einem Fest wie dieses teilnehmen.

Tieltausendköpfige geordnete Reihen umringen das Grab. Vor der gähnenden, mit Guirlanden und Blumen geschmückten Grube stehen die roten Särge. Es nähert sich die letzte Kolonne. Alles verstummte. Es trat eine Totenstille ein. Sogar die Natur selbst schien in diesem Augenblick den Atem anzuhalten; man hörte nicht mehr das Plätschern der See, nicht das Wehen des Windes, in leuchtende Farben taucht die Sonne das Bild. Langsam, geräuschlos senken sich die Fahnen. Die Arbeiter stehen alle barhäuptig. Nur der Ton des Handschlages auf den Gewehrkolben dringt durch die Stille. Die Truppen salutieren. Tausende von Orchestern setzen mit einem leisen Trauermarsch ein. Die Köpfe neigen sich. Ueber viele Gesichter fließen in diesem Augenblick reine, silbrige Tränen ... Die Orchester verstummten.

Es folgten Ansprachen über dem frischen Grabe der Kämpfer.

Der letzte Redner stieg von der Tribüne. Man griff zu den Schaufeln. Der erste Sarg schwebte über dem Grabe. Ein donnerndes Rollen der Geschütze und anschließendes hallendes Echo verkündeten: die Körper der Gefallenen werden in das Grab versenkt. Dies war ein Salut der Schiffe.

Bis zur späten Dämmerung schritten die langen Züge von trauernden und hoffenden Menschen, den Bruns-Park verlassend. Aber es war kein Gram auf den Gesichtern. Sie schritten dahin, von Freude verklärt, voller Energie und Bereitschaft zu neuem Kampf, zu neuen Heldentaten.

Und dennoch weinten viele in diesem Augenblick lautlos in sich hinein. Sie beweinten nicht die gefallenen Helden, sondern ihren eigenen, von roten feurigen Flammenzungen der Revolution umzuckten und als Opfer der großen Sache der Freiheit geweihten Körper.

Die ersten Tage der Kerenskiade.

I.

Verordnungen, Rundschreiben, Aufrufe, Resolutionen — nicht nur seitens der Provisorischen Regierung und des Petersburger Sowjets, sondern auch seitens der verschiedenen Fronten und Armeen, einzelner Städte, und Betriebe und sogar einzelner Schiffe rieseln wie aus einem Füllhorn über das Land. Es ist, als wenn alle um die Wette zeigen wollten, daß sie klüger und weiser seien als die anderen und den allerbesten Weg wüßten, den die Revolution zu gehen habe.

Aus Petersburg kommen Zeitungen. Jede Zeitung vertritt ihre eigene Ansicht, und es macht einen mißtrauisch, daß alle Zeitungen einander anfeinden. Von dieser Lektüre bekommt der Durchschnittsmensch einen wirren Kopf, er ist nicht mehr imstande, die Lage zu übersehen. Die bolschewistischen Zeitungen erreichen uns gar nicht. Man muß sich erst einleben, die Sache genau ansehen, die Eindrücke verdauen und dann allmählich anfangen, auch selbst zu arbeiten. Aber man muß aufpassen, daß man nicht eine Dummheit macht. Sehr unangenehm wirkt der Ton aller dieser Zeitungen, und ihr Inhalt stimmt mit der inneren Ueberzeugung nicht überein.

Ich treffe alte Kameraden vom Linienschiff „Imperator Pawel I", das jetzt „Republik" heißt. Die Kameraden sagen:

„Was ist? Wir müssen mit der Arbeit anfangen. Die Menschewisten mit Mihailow an der Spitze geben schon ihre Zeitung heraus. Sie haben ihre Partei organisiert, Aufrufe erlassen und alle, die den Beitrag zahlen wollen, aufgefordert, der Partei beizutreten. Auch die Sozialrevolutionäre organisieren sich. Sie haben ihre eigene Druckerei, geben ihre Zeitungen heraus; Nasorgujew leitet ihre ganze Propaganda.

Und was sollen wir tun."

„Ich weiß nicht. Wir haben zu wenig Leute. Keine Mittel. Und auch keinerlei Direktiven. Aber arbeiten müssen wir, vor allem brauchen wir Mittel."

Marussin (ein Matrose von der „Rublik"). „Wir können die Sache selbst in unsere Hände nehmen, bis man uns jemand aus Petersburg schickt. Wir veranstalten eine Sammlung auf unserem Schiff und eröffnen bei dir auf dem Transportschiff eine kleine Druckerei. Wenn es nicht anders geht, verschaffen wir uns einen Rotator. Es werden sich unter uns einige Leute finden, die die Redaktion übernehmen können. Wir beauftragen Swetlitschni mit dieser Sache. Er wird die Sache schon machen. Vor allen Dingen müssen Aufrufe auf allen Schiffen verteilt und Parteizellen organisiert werden. Indessen schicken wir jemand nach Petersburg, in das Parteikomitee, damit man uns jemand schickt, der die ganze Sache leitet, vor allem, der es versteht, eine vernünftige Zeitung herauszugeben."

sollen keine Arbeiter gemaßregelt werden, trotzdem bleiben aber eine große Anzahl auf der Strecke, die wegen des sagenhaften Schiedsspruches im Werk überflüssig geworden sind.

•

Die **Textilarbeiter von Eßlingen, Kirchheim und Urach**, ungefähr 3500 Mann, befinden sich im Ausstand, um eine Verschlechterung der Löhne und die 54-Stundenwoche abzuwehren. Es ist wahrscheinlich, daß der Streik auf andere Bezirke übergreift.

•

Die **Arbeiter der Schuhfabrik Wolf u. Co. in Sontheim** wurden ausgesperrt, weil sie sich mit dem entlassenen Betriebsratsvorsitzenden solidarisierten.

•

Der **Unternehmerverband der süddeutschen Zuckerindustrie** erklärte der Arbeiterschaft, daß sie sich nicht mehr an den Reichstarifvertrag halten wollte, und bei neuen Lohnverhandlungen zwischen Fabrikleitungen und Arbeiterrat verhandeln würde. Eine Lohnerhöhung wäre unmöglich, denn sie sei unberechtigt. Es ist interessant, daß vor dem Krieg ein schlecht bezahlter Zuckerarbeiter mit einem Stundenlohn eineinhalb Pfd. Zucker kaufen konnte, während heute der gutbezahlte Arbeiter für einen Stundenlohn nur dreiviertel Pfund Zucker erhält.

•

Bei der **Firma Pollack in Waltershausen (Thüringen)** wurden sämtliche Metallarbeiter ausgesperrt, da sie nach wie vor am Achtstundentag festhalten wollten.

•

Die **Bauarbeiter von Zürich** stehen vor schweren Lohnkämpfen. Hauptstreitpunkte sind die Arbeitszeit und Lohnfragen. Die Unternehmer versuchen, ausländische Arbeiter, besonders aus Deutschland, heranzuziehen, um so ihre Bedingungen besser diktieren zu können.

•

Die Abstimmung der **Leipziger Metallarbeiter** über den Schiedsspruch ergab keine Mehrheit für den Streik. Der Kampf ist nach siebenwöchiger Dauer beendet.

•

Die Bankangestellten von Paris befinden sich in einer Gehaltsbewegung. Sie fordern Teuerungszulagen, für Paris einen Ortszuschlag von 1200 Franks und die strengste Innehaltung des Achtstundentages.

Lokales.

Breslau.

* Einen **Lichtbildervortrag über Wintersport** hält am 8. April nachmittags 5 Uhr der Hauptschriftleiter des Deutschen Skiverbandes KOI. Luther aus München im Gewerkschaftshaus. Der Vortrag wird vom Skiklub Breslau veranstaltet.

* **Die städtischen Steuerzahlstellen nicht mehr Annahmestellen für Reichs- und Kirchensteuern.** Bisher haben die elf städtischen Steuerzahlstellen für die Finanzkassen Breslau-Süd und -Nord die Einkommensteuer, Umsatzsteuer, Rhein-Ruhr-Abgabe, Kirchen- und Kultussteuern erhoben und bei getrieben. Diese Tätigkeit stellen sie mit Ende März d. J. ein und übergeben die hiermit zusammenhängenden Geschäfte an die Finanzkassen. Sowohl die elf Steuerzahlstellen, als auch die Finanzkassen bleiben wegen der notwendigen Umstellung in der Zeit vom 27. März bis einschl. 1. April für den Publikumverkehr geschlossen. Die Finanzämter richten in den Räumen der bisherigen städtischen Steuerzahlstellen 1, 5, 8, und 3 neue Reichshebestellen ein mit den Bezeichnungen A, B, C und D. Näheres hierüber ergeben die Bekanntmachungen des Magistrats und der Finanzämter im Anzeigenteile des heutigen Blattes.

Die städtische Steuerkasse wird ihre Zahlstelle 1 von Taschenstraße 3-4-5 nach Blücherplatz 6-7 verlegen und in Zukunft nur noch die Zahlstellen 1, 2, 4, 6, 7, 9 und 11 für die Erhebung von Gemeindesteuern und der Grundvermögenssteuer bestehen lassen. Wie diesen Zahlstellen die Steuerbezirke der aufgeteilten Stellen zugeteilt worden sind, wird noch später bekannt gemacht werden.

Den Steuerzahlern wird dringend empfohlen, nur noch bis zum 24. März durch Postanweisung oder auf die Reichsbank-, Postscheck- und Sparkassenkonten der städtischen Steuerzahlstellen Reichs-, Kirchen- und Kultussteuern einzuzahlen oder zu überweisen, damit ihnen aus Verzögerungen, die durch eine Zahlung an falscher Stelle entstehen, nicht Nachteile erwachsen.

* **Die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 27. März, fällt aus.** Die nächste Sitzung findet Montag, den 31. März, statt.

* **Beim Einkauf von Buttergebäck, insbesondere von Butterkrem-torte** kann die Bevölkerung damit rechnen, Backwaren zu erhalten, zu deren Herstellung ausschließlich reine Naturbutter verwendet worden ist. Eine wiederholte Nachprüfung der gesetzlichen Bestimmungen hat zweifelsfrei ergeben, daß die Verwendung irgendwelcher anderen Fette zur Herstellung von Backwaren, die unter der angegebenen Bezeichnung angeboten und feilgehalten werden, unstatthaft ist und einen Verstoß gegen die Verordnung vom 26. Juni 1916 — betr. irreführende Bezeichnung für Nahrungs- und Genußmittel — darstellt. In Betracht kommende Gewerbekreise sind hierauf erneut hingewiesen worden.

•

Dittersbach. **Arbeiterpolitik sozialdem. Betriebsräte?** Durch die „auf Grund der Unternehmeroffensive, mit stiller und offener Duldung der Sozialdemokratie) geschaffenen Arbeitslosigkeit, ist auch unser Ort Dittersbach nicht verschont geblieben. Als Beweis dafür, daß das Maß des Leidens noch nicht voll ist, und daß die Unternehmer in ihrer Offensive zur vollen Beseitigung der sozialen Einrichtungen nicht früher einhalten werden, bis sie ihre profitsüchtigen Denken und egoistischen Ziele erreicht, die Arbeiterschaft durch harte, schwere und lange Not willfährig genug finden, — zeigt nachstehender Vorfall: Das öftere Einlegen von Feierschichten, die Entlassung der älteren Leute auf den hiesigen Grubenwerken, die noch vorzunehmende Maßnahme der Herabsetzung der Zahl der Belegschaft auf den Friedensstand, die erst diese Woche wieder angekündigte (wird auch ausgeführt werden) Entlassung von 25 Mann der Tonabteilung der Melchiorgrube, begründen diese Ausbeuterherren damit, daß sie behaupten, das Geschäft gehe schlecht usw. — Ohne erst lange zu untersuchen, ob diese Gründe der Wahrheit entsprechen oder wirtschaftspolitisch nachzuweisen, woran, dieser eventuelle schlechte Geschäftsgang zurückzuführen ist, wird unsere klare und einfache Betonung erneut bestätigt, daß die Maßnahmen der Unternehmer letzten Endes nur darauf hinauslaufen, durch Not eine Zermürbung des Klassenkampfgeistes der Arbeiter herbeizuführen. Die Verwaltung der Kolerei der Melchiorgrube, verlangte des öfteren Arbeiter von den Erwerbslosen, durch Vermittlung der Erwerbslosenfürsorge unseres Ortes. Bei Nichtnachkommen dieser Arbeitsnachweisung, hat laut Gesetz der Betreffende Entziehung der „Unterstützung?" zu gewärtigen. — Wenn aber trotzdem die Erwerbslosen es ablehnten, die Arbeit auf der Kolerei anzunehmen, so nicht deshalb, weil sie vielleicht nicht wußten, daß es eine der elementarsten Forderungen der Erwerbslosen ist, wieder eingereiht zu werden in den Produktionsprozeß, sondern in ganz richtigem Instinkt lehnten sie die Arbeit ab, weil sie erkannten, daß ihre Einstellung zu nicht tariflichen Bedingungen den Maßnahmen der Unternehmer Vorschub leisten hieße. Es ist erhebend, wenn die Arbeitslosen, in Zeiten der schweren Not, Klassensolidarität gegenüber ihren Kollegen im Betriebe an den Tag legen.

Als nun erneut eine Anforderung der Kolerei erging, Erwerbslose einzustellen, und als diese es ablehnten, weil zu gleicher Zeit derselbe Betrieb 25 Arbeiter entließ, betrachtete es der, von den Erwerbslosen seit längerer Zeit eingesetzte Erwerbslosenrat für seine Pflicht, sich mit dem Betriebsrat der Melchiorgrube in Verbindung zu setzen. Trotzdem es gerade nicht sehr angenehm ist, mit dem sattsam bekannten SPD.-Betriebsrat Hanke etwas zu tun zu haben, stellten wir diese Bedenken im Interesse der Gesamtarbeiterschaft zurück. Aber allein die Tatsache, daß der Erwerbslosenrat aus drei Kommunisten besteht, (was leicht erklärlich ist, weil SPD.-Leute selten gemaßregelt werden) und daß er es sogar wagte, den Grubenhof und das Amtszimmer des Herrn Sozialdemokraten Hanke zu betreten, veranlaßte denselben, uns in einem zusammenhanglosen Kauderwelsch mitzuteilen, daß er es ablehne, in Zukunft mit einem Vertreter der Erwerbslosen zu verhandeln. Gleichzeitig verbat er sich, daß wir uns in Zukunft in Grubenverhältnisse mischen. — Das nennt also der saubere Herr Sozialdemokrat Hanke sich in Grubenverhältnisse mischen, wenn Erwerbslose verhindern wollen, daß man Arbeiter gegen Arbeiter ausspielt.

Während also zu gleicher Zeit 25 Arbeiter das Werk verlassen mußten, gingen zur selben Stunde Erwerbslose hin, um unter schlechteren Bedingungen die Arbeit aufzunehmen. Denn in erster Linie mußten wir als Vertreter der Erwerbslosen jetzt ihrer bedacht sein.

Arbeiter! So sieht in der Praxis die jämmerliche Politik dieser Sozialisten aus, den persönlichen Ehrgeiz stellen sie höher, als die Interessen der Arbeiterklasse. Arbeitslose und Arbeiter der Melchiorgrube! Trotzalledem laßt Euch, in Eurem eigenen Interesse nicht gegeneinander ausspielen! Zeigt diesem kleinen Ochsenkopf Hanke, bei den kommenden Betriebsratswahlen eure Meinung. Erkennt aus diesem Vorfall, daß sich in Zukunft, ja schon bei den kommenden Reichs- und Gemeindewahlen, der Kampf in gleicher Weise gegen Reformisten und Kapitalisten richten muß. R. S.

Dittersbach städt. Arbeiter! Endlich, nach fünfmonatigem Verbot ist unsere Arbeiterzeitung wieder erschienen und sie hat auch schon wieder eine große Anzahl Leser gefunden. Ein jeder Arbeiter sollte sich von unserer Zeitung überzeugen, und er wird erfahren, daß nur die Schlesische Arbeiter-Zeitung und die KPD. die wahren Interessen der Arbeitermassen vertritt. Es ist Pflicht jedes Genossen für unsere Presse zu werben.

Dittersbach städt. Am Sonnabend, den 15. März 1924 veranstaltete der Mandolinenklub „Frohsinn"-Schmiedeberg ein Konzert. Selbiges galt als Werbeabend für unsere Mandolinenabteilung der freien Turnerschaft „Frei Heil". Das Konzert war gut besucht, und man kann sagen, daß Besucher wie Veranstalter auf ihre Rechnung gekommen sind.

Gottesberg. Das geht über ihren Verstand. Am 6. April finden hier am Orte die Wahlen zum Stadtparlament statt. Infolge der Hungerlöhne sind die Genossen der Kommunistischen Ortsgruppe nicht in der Lage, das nötige Geld für den Druck von Stimmzetteln und sonstigen Wahlausgaben aus eigener Tasche aufzubringen. Um das fehlende Geld aufzubringen, taten unsere Genossen das, was nur natürlich und folgerichtig war: sie gingen zu den Geschäftsleuten sammeln. Und die Geschäftsleute zeichneten; wissen sie doch sehr gut, daß sie ohne die Arbeiterkundschaft nicht existieren können, auch dann nicht, wenn sie Mitglied irgendeiner bürgerlichen Partei sind. Alles schien in bester Ordnung zu sein.

Aber, o Schreck! „Mehreren Wählern" von der bürgerlichen Seite ist der gute Erfolg der Sammlung auf die Nerven gefallen, sie verloren den Schlaf und Appetit, steckten die Köpfe zusammen und verfaßten ein „Eingesandt" in dem Gottesberger Wochenblättchen mit der entrüsteten Ueberschrift: „Schämt Euch!" Darin stellten die ratlosen „Mehrere Wähler" fest, daß „Mehrheitssozialisten, Zentrumsvertreter und Katholiken, Protestanten und Israeliten, bis zu den Deutsch-Volksparteilern und Nationalisten" auf die kommunistischen Sammellisten gezeichnet hatten. Das „Eingesandt" weiß nicht, ob es sich „über die Frechheit der Kommunisten oder die Dummheit der Geber" wundern soll.

Ganz Gottesberg lacht über die Naivität des „Eingesandt". Unsere Genossen danken für die gute Wahlpropaganda. Einige Spender fühlen sich peinlich berührt, aber nur diejenigen, die es immer noch nicht verstehen können, daß sie ausschließlich von den sauer verdienten Groschen der Bergleute leben.

Den „Mehreren Wählern" empfehlen wir, sich etwas mehr für das praktische Leben zu interessieren, und nicht bloß von Phantasien zu leben. Tun sie das, so werden sie finden, daß der besprochene Vorfall eine ganz natürliche Erscheinung war.

Erst nach der Beseitigung des Privatbesitzes werden die Arbeiter nicht mehr sammeln brauchen. An die Sozialisierung wird die Besitzerklasse aber erst dann glauben, wenn sie Tatsache geworden sein wird. Jetzt aber werden die Proletarier jede Möglichkeit ausnützen, um ihrem Ziele näher zu kommen.

W. B.

Sportnachrichten.

Freie Turnerschaft Breslau. 4. Männerabteilung. Montag, den 24. März, Vorstandssitzung. Donnerstag, den 27. März, Abteilungsversammlung.

1. Abteilung veranstaltet am Karfreitag in der Turnhalle Jahnstraße ein Schauturnen. Dies zur Kenntnis allen Freunden und Interessenten des Arbeitersports.

Verantwortlich für den gesamten Text: Max Gläser, Breslau, Inserate: Max Zschocher, Breslau. — Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für die Provinz Schlesien eGmbH., Breslau, Trebnitzer Str. 50.

Lest den „Parteiarbeiter"!

Die Fraktionszeitschrift der Partei muß in jeder Zelle und jeder Fraktion, in jeder Körperschaft und Organisationsleitung gelesen werden.

Der „Parteiarbeiter" erscheint jetzt wieder regelmäßig am 10. und 25. jeden Monats.

Versammlungs-Kalender.

Breslau. Kommunistische Betriebsräte. Mittwoch, den 26. März, abends 7 Uhr, in der Bratislavia, (Maurinsplatz) Fraktionssitzung. Wichtige Tagesordnung. Alle Kollegen haben daher zu erscheinen.

Zuverlässige
Zeitungs-Austrägerinnen
für **Freiburg und Polsnitz** per bald ges.
Meldungen erbeten
Joseph Grunschla, Bubenau 4.

Total-Ausverkauf
640 wegen Geschäftsaufgabe

1 Posten	Segeltuchschuhe m	1.40 m
„	Knabenschuhe „	5.30 „
„	Damenschuhe „	7.80 „
„	Herrenschuhe „	8.00 „
„	Herren-Hosen „	4.50 „
„	Herren-Anzüge „	15.00 „
„	Schaftstiefel „	11.75 „
„	Reitstiefel „	21.00 „

und vieles andere billig.
Schramm, Kupferschmiedestr. 52c (3. Haus vom Neumarkt)

Joseph Prinz
Oppeln
Krakauer Str. 13
Kurz-, Weiß- u. Wollwaren

Walter Krebs
Schuhmacher-Bedarfsartikel
Großhandlung
Breslau 5, Gräbschener Straße 85
Tel. 58393 642

Inserate jeden Preis für
Flauser-Pistolen 7,63
Prismen-Gläser
Photo-Apparate
G. Nolda
Blücherstraße 28
2 Minuten vom Ring

Werbe für Dein Partei-Organ!

Nähmaschinen
kauft Wiesners, Gräbschener Straße 45. 602

Achtung Genosse!
Billig! Billig!
Feldgrau Lilewken 2.50 Mk.
Drellhosen, Arbeitshosen von 3 Mk. an, Hemden, Unterhosen, gewend. Militärröcke, gebr. Militärschuhe und Stiefel. Kein Laden, darum sehr billig! Antonienstraße 33, III.

Meesow Waldschmidt
Montag
Reste-Verkauf
Die in letzten Monaten angesammelten Reste, insbesondere weiße und bunte
Baumwollwaren
Wasch- und Kleiderstoffe
kommen
zu spottbilligen Preisen
zum Verkauf.
Außerdem Gelegenheitspartien:
2000 Paar baumwollene
Kinder-Strümpfe
durchweg pa. Qualität, 1×1 gestrickt, feinfädig und mittelstark, nahtlos, vorzüglicher Schulstrumpf, schwarz und braun

Größe	1—2	3—4	5—6	7—8	9—10
Paar	35	48	60	72	85 Pf.

300 Paar marineblaue
Damen-Reform-Hosen
aus schwerem Wintertrikot, gute Verarbeitung mit Satinsattel, in drei Größen, durchweg Paar **3.50**
1 Posten schwere
Trikot-Damenschlüpfer
in marineblau, grau, blau durchweg Paar **2.50**
1 Posten buntfarbige
Damen-Ueberziehjacken
aus pa. Trikotstoff, in allen modernen Farben, mit langen Aermeln, auch als Sportjacke geeignet, Stück **4.50**